

Mahnwache erinnert an Atombombenabwurf

Aktion von Friedensbündnis auf dem Friedrichsplatz

Von unserer Mitarbeiterin Petra Stutz

Über 200 000 Menschen starben am 6. August 1945 in Hiroshima und Nagasaki binnen weniger Sekunden durch den Abwurf der ersten Atombomben. Genetische Schäden belasten noch heute die nachfolgenden Generationen. Um an den verheerenden Einsatz der Bomben damals zu erinnern, aber auch die heute noch drohende Gefahr eines atomaren Infernos zu verdeutlichen, lud gestern das Friedensbündnis Karlsruhe zu einer Kundgebung und Mahnwache auf den Friedrichsplatz ein.

Oberbürgermeister Frank Mentrup, der selbst die Schirmherrschaft übernommen hatte, erinnerte in seinem Grußwort an die derzeitigen militärischen Konflikte im Nahen Osten und der Ukraine. Für Karlsruhe sehe er nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft bei „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für Frieden) die Verpflichtung, einen Beitrag zum friedlichen Miteinander überall auf der Welt zu leisten. Harry Block vom BUND sieht vor allem auch ein Bedrohungsszenario durch Atomwaffen in den Händen von Terroristen. Noch heute seien weltweit trotz der im Atomwaffensperrvertrag vereinbarten Abrüstung 16 300 Atomsprengköpfe gelagert, alte werden modernisiert oder ersetzt und immense Finanzmittel in den Erhalt gesteckt. Allein im



ZU EINER MAHNWACHE trafen sich gestern am Hiroshima-Jahrestag Mitglieder des Friedensbündnisses.

durch neue ersetzt werden sollen. Damit bestünde bis 2020 auf deutschem Boden das modernste Atomwaffenlager der Welt. Block fordert die Bundesregierung auf, diese Modernisierung abzulehnen, den Abzug aller Atomwaffen zu fordern und weltweit Massenvernichtungswaffen zu ächten. Auch in der friedlichen, atomaren Forschung, wie sie am KIT betrieben wird, sieht er Gefahrenpotenzial, wenn Wissen generiert und dann jedoch für militärische Zwecke eingesetzt wird.

Von einem möglichen „Krieg aus Versehen“ sprach Arno Neuber vom Karlsruher Friedensbündnis. Er wies darauf hin, dass nicht nur kritische Friedensbewegungen beunruhigt seien, wenn heute schon wieder von einem Kalten Krieg zwischen Russland und Nato die Rede sei und das Misstrauen beider atomar bewaffneter Seiten geschürt werde. „Machen wir Druck auf die Bundesregierung, die öffentlich über den Stopp von Waffengeschäften mit Russland redet, aber U-Boote nach Israel liefert, die mit Atomwaffen bestückt werden können“, forderte er.